

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



Bildung (B)

B1 - Harmonisierung der Bildungssysteme der Länder	3
B2 - Lernmittelkostenentlastung	4
B3 - Verbeamtung von Professoren	5
B4 - Einführung von nichtfachspezifischen Vortests für das Lehramtsstudium	6
B5 - Modell der zwangsverfassten Studierendenschaft	7
B6 - Wettbewerbselemente im Budgetbereich für die Hochschulen	8
B7 - Wettbewerbsförderung zwischen den Hochschulen	9

Europa (E)

E1 - SPD: die Europapartei für Sachsen-Anhalt - Verantwortung für Sachsen-Anhalt und Europa	10
E2 - Ausschreibung für Namen des Zusammenschlusses der europäischen Staaten	16

Gesundheit (G)

G1 - Erstellung einer Positivliste	17
G2 - Gesundheitsprävention und Leistungssteigerung durch mehr Bewegung und eine gesündere Lebensweise	18
G3 - Legalisierung von Marihuana und Cannabis	20

Kommunales (K)

K1 - Durch starke Kommunen zur stärksten Kraft im Land	21
K2 - Einführung des Konnexitätsprinzips in Sachsen-Anhalt	27

Organisatorisches (O)

O1 - Änderung der Richtlinien § 5 Abs. 1, Jusos Sachsen-Anhalt	28
O2 - Parteireform und eine Überprüfung der hergebrachten Strukturen	29
O3 - „Graue Zettel“ in eine „Probemitgliedschaft“ umwandeln	30
O4 - Rechtliche Prüfung der Quotenreglung	31

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



O5 - Altersquotenregelung	32
O6 - Medienwirksame Außendarstellung mittels Jahreskalender	33
O7 - Würdigung der politischen Arbeit Oskar Lafontaines	34
O8 - Die Partei hat immer recht!?	35

Umwelt/Verkehr/Energie (U)

U1 - Kein Saale-Seiten-Kanal in Sachsen-Anhalt	36
U2 - Wahlversprechen einhalten, Vertrauen zurückgewinnen	39
U3 - Förderung der Forschung im Bereich biogener Kraftstoffe	40
U4 - A14 Nord: Keine überflüssigen Trassen!	41
U5 - Südteil der Colbitz-Letzlinger Heide vertragsgemäß freigeben!	42
U6 - Lärmschutz an Verkehrswegen - Sicherung der Lebensqualität	43

Wirtschaft/Soziales (WiSo)

WiSo1 - Kostenloser Zugang zu kulturellen Einrichtungen	44
WiSo2 - Training on the job	45
WiSo3 - Sozialsysteme - Lasten gerecht verteilen	46
WiSo4 - Die Sozialsysteme solidarisch finanzieren	47
WiSo5 - Ausdehnung der Beitragspflicht für die sozialen Sicherungssysteme	48
WiSo6 - Gesetzliche Krankenversicherung	49
WiSo7 - Gesetzliche Unfallversicherung	50
WiSo8 - Berücksichtigung der Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft bei Arbeitslosengeldberechnung	51
WiSo9 - Steuerflucht verhindern	52
WiSo10 - Behindertenfreundliche und altersgerechte Gemeinden und Städte	53
WiSo11 – Unterstützung der internationalen Olympiabewerbung Leipzigs	55
<u>Resolution</u>	
R1 – echte Gemeinde- und Kreisgebietsreform	57

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **B1**

Antragsteller: KV Jerichower Land

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Harmonisierung der Bildungssysteme der Länder

Die Jusos Sachsen-Anhalt treten dafür ein, im Rahmen der aktuellen Debatte um den Föderalismus auch verstärkt das Bildungssystem Deutschlands zu thematisieren.

Im 21. Jahrhundert stellt die innerstaatliche Konkurrenz zwischen den Ländern im Bereich der Bildung längst keinen Standortvorteil mehr dar, sondern verkommt mehr und mehr zu einem Experimentierfeld der Politik.

Dieser Missbrauch der Länderhoheit hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Ausbildung der Schüler nunmehr weitab von jeder Praxisorientiertheit liegt. Oft fehlt es dem Unterricht an echtem Nutzen. Damit wird der Schüler immer weniger auf die wachsenden Probleme des späteren Lebens vorbereitet. Solange Bildungsabschlüsse eines Landes in einem anderen Land nicht oder nur teilweise anerkannt wird, wird Politik an der Realität vorbei gemacht.

Dieser Missstand muss beseitigt werden. Für uns Jusos steht daher am Ende eines Diskussionsprozesses über die zukünftige Ausgestaltung des Bildungssystems eine Grundgesetzänderung, die Bildung in die Hoheit bzw. Rahmengesetzgebung des Bundes überführt.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag:

B2

Antragsteller: LAK Schülerinnen über Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Lernmittelkostenentlastung

Die Verordnung zur Lernmittelkostenentlastung ist in Anbetracht eines sozialen, politischen Grundsatzes nicht vertretbar.

Daher fordern wir, dass Erziehungsberechtigte ab dem Schuljahr 2004/2005 von den Lernmittelkosten vollständig entlastet werden.

Begründung:

An den Schulen in Sachsen-Anhalt werden nach wie vor veraltete Lernmittel geführt, die kaum Einsatz im Unterricht finden und zur Nachbereitung zu Hause nicht geeignet sind. Von daher ist die Ausleihe dieser Lernmittel ohne bildungsfördernden Zweck.

Der Ausgleich zu wirtschaftlichen Zwecken sollte jedoch mit der Entwicklung der Bildung zwingend verbunden sein. Da die Qualität und Quantität der Lernmittel nicht die Anforderungen an ein modernes und zukunftsorientiertes Bildungssystem erfüllt, gibt es keine grundlegende Argumentation, die die Erhebung von Lernmittelkosten rechtfertigt.

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **B3**

3

4 Antragsteller: SV Halle

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Verbeamtung von Professoren**

9

10 Das Kultusministerium und die Landtagsfraktionen werden aufgefordert, Initiativen zu
11 ergreifen, die die Verbeamtung von Professoren in Zukunft nicht mehr erforderlich machen.

12

13 Begründung:

14

15 Mit dem Wegfall der Verbeamtung von Hochschuldozenten durch das Land Sachsen-Anhalt
16 wird den einzelnen Hochschulen ein Mehr an Autonomie gewährt.

17 Die Hochschulen können durch den Wegfall der Verbeamtung eigene Ausgestaltungen der
18 Arbeitsverträge vornehmen. Neue Möglichkeiten der Qualitätskontrolle und Sicherung, aber
19 auch Mittel zur Qualitätssteigerung werden sich durch neue Steuerungsmittel im Rahmen der
20 Vertragsgestaltung ergeben.

21 Die bisherige Verbeamtung von Hochschullehrern gibt bisher in nur unzureichendem Maße
22 die Möglichkeit, Einfluss auf die Qualität der Lehre zu nehmen.

23

24 Notizen während der Debatte:

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

43 Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43

Antrag: **B4**

Antragsteller: SV Halle

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

**Einführung von nichtfachspezifischen Vortests
für das Lehramtsstudium**

Das Kultusministerium und die Landtagsfraktionen werden aufgefordert, nichtfachspezifische Vortests für das Lehramtsstudium einzuführen.

Der Praxisbezug in der Lehramtsausbildung muss neu gestaltet und ausgeweitet werden. Für die Vorevaluation des Lehramtsstudiums ist ein Prüfkatalog zu erarbeiten.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **B5**

Antragsteller: SV Halle

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Modell der zwangsverfassten Studierendenschaft

Das Kultusministerium und die Landtagsfraktionen werden aufgefordert, bei der Umsetzung der 6. HRG-Novelle, von dem Modell der Zwangsverfassten Studierendenschaft Abstand zu nehmen. Damit einhergehend muss die Vergabe der Landeszuschüsse für die Studierendenschaften gewährleistet sein.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **B6**

Antragsteller: SV Halle

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wettbewerbselemente im Budgetbereich für die Hochschulen

Das Kultusministerium und die Landtagsfraktionen werden aufgefordert, Wettbewerbselemente im Budgetbereich für die Hochschulen einzuführen. Dazu soll dem Gesamtat ein „Innovationsfond“ aus weiteren Mitteln des Landes, Bundes und der Wirtschaft hinzugefügt werden.

Zuweisungen aus diesem „Innovationsfond“ sollen nach einem Verfahren erfolgen, welches sich an verschiedenen Kennziffern orientiert. Genannt seien hier als mögliche Beispiele: Absolventenzahlen, Studierende in der RSZ, Habilitationen, Promotionen, Promotionen/Habilitationen v. Frauen, Professorinnen, Absolventinnen technischer Studiengänge, sowie Wahlindikatoren wie Studierende die Studienleistungen im Ausland erbracht haben, ausländische Studierende, ergangene Rufe und Studierende in BA/MA-Studiengängen orientiert (20%)

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **B7**

Antragsteller: SV Halle

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wettbewerbsförderung zwischen den Hochschulen

Das Kultusministerium und die Landtagsfraktionen werden aufgefordert, alle zu Gebote
sehenden Mittel einzusetzen, den Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu befördern und
eine für den Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt förderliche Schwerpunktbildung an allen
Hochschulen herbeizuführen.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

Antrag: **E 1**

Antragsteller: Landesvorstand (Leitantrag der SPD zum SPD-Landesparteitag)

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

SPD: die Europapartei für Sachsen-Anhalt
Verantwortung für Sachsen-Anhalt und Europa

Die Europäische Union steht vor tief greifenden Veränderungen. Durch die Erweiterung um die jungen Demokratien der baltischen Staaten, Polens, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Sloweniens sowie der Mittelmeerstaaten Malta und Zypern zum 1. Mai 2004 wird die EU ein neues Gesicht erhalten; sie wird qualitativ und quantitativ eine andere sein.

Mehr als 450 Millionen Menschen werden den stärksten Wirtschaftsraum der Erde formen. Diese wirtschaftliche Stärke bietet die einmalige Chance, den europäischen Kontinent zu vereinen. Eine Alternative gibt es nicht, wenn wir langfristig Stabilität in unserer mitteleuropäischen Region erhalten und verstärken wollen.

Sachsen-Anhalt liegt nach der Erweiterung im Zentrum der neuen Union. Die Erweiterung bringt für das Land Herausforderungen und eröffnet neue Chancen. Sachsen-Anhalt kann die Erfahrungen von 14 Jahren EU-Mitgliedschaft unter den Vorzeichen des Systemwandels in die Entwicklung einbringen. Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt machen sich das Projekt „Europa 2004“ zu eigen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Wir als Europapartei Sachsen-Anhalts stehen für die Chancen von Europa 2004 und wir stehen für eine kluge Politik gegen die Risiken der Zukunft.

Europa 2004 bedeutet auch einen zweiten historischen Umbruch: unsere Europäische Union, deren Unionsbürger wir alle sind, gibt sich eine demokratische Verfassung. Dieser Integrationsschritt war noch vor wenigen Jahren unvorstellbar. Europa 2004: das ist ein sozialdemokratisches Projekt für eine soziale, demokratische, friedliche und dynamische Europäische Union. Zum Wohle von über 2,6 Millionen Menschen, die heute in Sachsen-Anhalt leben.

Die erste Wahl zum Europäischen Parlament (EP) unter Einschluss der jungen mittelosteuropäischen Demokratien bedeutet eine Zeitenwende. Mehr denn je sind wir der Überzeugung, dass das EP die zentrale Institution ist, die von den Bürgerinnen und Bürgern Europas unmittelbar legitimiert ist und ihre Interessen in der EU repräsentiert. Darum rufen wir jedermann auf, sich am 13. Juni 2004 an der Europawahl zu beteiligen. Eine Stimme für die SPD ist eine Stimme für ein soziales, demokratisches und dynamisches Europa.



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

Europa als sozialdemokratisches Projekt: Vision für Mitteldeutschland

Unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist es, die Zukunft Europas auch weiterhin zu gestalten und zu bestimmen. Wer erfolgreich Europapolitik betreiben will, muss auch in der Lage sein, über das tagesaktuelle Geschehen hinaus zu denken und eine langfristige Politik zu konzipieren.

Die Zukunft Sachsen-Anhalts liegt in Europa. Die vor uns liegenden Herausforderungen sind nicht auf unser Land begrenzt, sie verlangen nach europäischen Lösungen. Politik in Sachsen-Anhalt wird daher zunehmend auf europäischer Ebene mitbestimmt. Deswegen ist es wichtig, frühzeitig und gezielt, oftmals auch im Verbund mit anderen europäischen Regionen und Akteuren, die Interessen Sachsen-Anhalts in Brüssel zu vertreten. So kann auf Entscheidungen Einfluss genommen werden, die unsere landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten betreffen und ihnen häufig den politischen Rahmen setzen. Die SPD hat hier in der Vergangenheit erfolgreich gearbeitet und wird dies auch in Zukunft tun.

Die SPD Sachsen-Anhalts sieht sich als Teil der großen und traditionsreichen Familie der europäischen Sozialdemokratie, die unserem Kontinent Frieden und Wohlstand in Sicherheit gebracht hat. Unser Bundesland wird sich ab dem nächsten Jahr in der Mitte der erweiterten Europäischen Union wiederfinden. Die SPD ist sich dieser neuen Rolle bewusst und will die Chancen, die sich dadurch für Sachsen-Anhalt ergeben werden, nutzen.

Sachsen-Anhalt soll in Mitteleuropa stark werden, in einer Großregion mit wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Dynamik für Arbeit und Wohlstand im 21. Jahrhundert. Damit wollen wir nach den Wirren des 20. Jahrhunderts zu einem Wachstumsraum zurückfinden, der im 19. Jahrhundert die wirtschaftliche Blütezeit Mitteldeutschlands ermöglicht hat. Das ist unsere Vision für Sachsen-Anhalt.

EU-Verfassung: Für ein demokratisches und handlungsfähiges Europa

Europa muss einfacher, verständlicher und transparenter werden. Mit der Verabschiedung einer Verfassung erhält die europäische Integration eine neue Qualität. Europa braucht diese Verfassung, die ein handlungsfähiges, demokratisches und bürgernahes Europa auch mit 25 und mehr Mitgliedern sicher stellt. Der EU-Verfassungskonvent hat hervorragende Arbeit geleistet und einen ambitionierten und mehrheitsfähigen Text vorgelegt. Wir fordern die Regierungskonferenz deshalb auf, den Entwurf in seinen Kernbestimmungen zu belassen und den im Konvent erzielten Konsens nicht zu gefährden.

Ein großer Erfolg sozialdemokratischer Europapolitik ist die EU-Grundrechtecharta, die als Grundrechtekatalog rechtlich verbindlicher Bestandteil der neuen EU-Verfassung wird. Sie gewährleistet neben neuen, innovativen Grundrechten gerade auch soziale Rechte.



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2 Das Europa, das wir wollen, ist eine Union, in der Entscheidungen auf der möglich
3 niedrigsten Ebene getroffen werden (Subsidiarität). Um dieses Prinzip zu wahren und zu
4 schützen, beinhaltet die EU-Verfassung das Instrument einer Subsidiaritätskontrolle der
5 nationalen Parlamente, das sich in einer Klagebefugnis vor dem Europäischen Gerichtshof
6 konkretisiert. Auch die kommunale Selbstverwaltung wird garantiert. Die Rechte der Länder
7 und Kommunen müssen und werden gewahrt bleiben, dafür setzt sich sozialdemokratische
8 Europapolitik energisch ein.

9
10 **Zukunft der Regional- und Strukturpolitik: Der Aufbau geht weiter**

11
12 Die Regional- und Strukturpolitik der EU ist ein Schlüsselbereich europäischer Politik. Sie zielt
13 auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft. Wir stehen
14 uneingeschränkt hinter dieser Politik, allen Forderungen nach Renationalisierung wird eine
15 Absage erteilt. Durch die EU-Erweiterung werden die regionalen Entwicklungsunterschiede
16 massiv zunehmen, ca. 50 Regionen in den neuen Mitgliedsländern werden die höchste
17 europäische Förderpriorität (Ziel 1-Förderung) erhalten. Eine Reform der EU-Strukturpolitik
18 ist deshalb unumgänglich. Sie muss jedoch dem Umstand Rechnung tragen, dass eine
19 Vielzahl bisheriger Ziel 1-Regionen nur auf Grund eines "statistischen Effekts" den Anspruch
20 auf Höchstförderung verliert. Die neuen Bundesländer sind auch weiterhin auf europäische
21 Förderung angewiesen. Wir setzen uns daher auf allen politischen Ebenen mit Nachdruck
22 für die Neutralisierung des statistischen Effekts und für eine adäquate Fortführung der
23 struktur- und regionalpolitischen Maßnahmen der EU zu Gunsten Sachsens-Anhalts ein. Auch
24 fordern wir eine besondere Beihilfenpolitik, die den Rahmenbedingungen Ostdeutschlands
25 Rechnung trägt und die einzelbetriebliche Investitionsförderung von Großprojekten zulässt.

26
27 **Das Europäische Sozialmodell erhalten und ausbauen**

28
29 Europa ist mehr als ein großer Markt. Die Europäische Union ist auch und gerade eine
30 Werte-, Sozial- und eine Solidargemeinschaft, die eine soziale Verantwortung innerhalb
31 und außerhalb Europas hat. Die Europäische Union muss weiter an den in Lissabon
32 vereinbarten Zielen zur Erhöhung der Beschäftigungsquote festhalten.

33
34 Das europäische Gesellschaftsmodell vereinigt Wettbewerb und soziale Ziele in einer
35 Solidarunion. Sie ist ein wesentliches Element unserer europäischen Identität, die wir in einer
36 sich globalisierenden Welt bewahren wollen. In diesem Werteverständnis unterscheiden wir
37 Europäer uns von anderen politischen und wirtschaftlichen Regionen auf der Welt.

38
39 **Leistungen der Daseinsvorsorge: Für die kommunale Selbstverwaltung**

40
41 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die Leistungen der
42 Daseinsvorsorge ein elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Wir widersprechen dem
43 neo-liberalen Zeitgeist entschieden, dass es kein gesamtgesellschaftliches Interesse am
44



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2 Gemeinwohl gebe. Qualität, Zugänglichkeit, Erschwinglichkeit und Verfügbarkeit von
3 Öffentlichem Personennahverkehr, Wasser- und Energieversorgung, Abfallbeseitigung,
4 Bildungs- und Gesundheitswesen dürfen ebenso wenig in Frage gestellt werden wie das
5 Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Unsere Kommunen müssen auch in Zukunft das
6 Recht haben, eigenständig aus politischen Erwägungen entscheiden zu können, welche
7 Leistungen von „allgemeinem Interesse“ sind und daher öffentlich angeboten werden sollten,
8 um sie nicht der Willkür des Marktes zu überlassen. Die Anwendung des europäischen
9 Wettbewerbs-, des Beihilfenrechts und der Marktfreiheiten darf nicht zu einer Gefährdung
10 der Leistungen der Daseinsvorsorge führen und muss im Zweifel hinter die jeweils in den
11 Mitgliedstaaten verfolgten Allgemeininteressen zurücktreten.

12
13 Der Veränderungsdruck, der durch den europäischen Binnenmarkt, durch technologischen
14 Fortschritt und andere Entwicklungen erzeugt wird, macht Veränderungen im Bereich der
15 Daseinsvorsorge jedoch unumgänglich. Wo Leistungen der Daseinsvorsorge durch den
16 Markt besser erbracht werden können, sollten wir uns seiner auch bedienen. Unsere
17 Aufgabe als Sozialdemokraten aber ist es, diese Veränderungen aktiv zum Wohl der Bürger
18 politisch zu gestalten. Deshalb darf Wettbewerb im Bereich der Daseinsvorsorge nur ein
19 kontrollierter Wettbewerb sein. Entscheidend ist, dass unsere Kommunen ihre politische
20 Gestaltungs- und Handlungskompetenz behalten und optimieren können.

21
22 Nach mehr als einem Jahrzehnt der häufig auch erfolgreichen und wünschenswerten
23 Deregulierungen sehen wir Sozialdemokraten die Zeit gekommen, eine Debatte darüber zu
24 führen, welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche einem besonderen
25 Gemeinwohl verpflichtet bleiben müssen. Deregulierung als Selbstzweck darf es nicht geben.
26 In diesem Grundwert unterscheiden wir uns von unseren freidemokratischen und
27 konservativen Konkurrenten.

28

29 **Den Standort Sachsen-Anhalt stärken: Innovationsland mitten in Europa**

30
31 Durch die EU-Erweiterung wird Sachsen-Anhalt zu einem Drehkreuz der Ost-West Ströme
32 von Waren, Menschen und Ideen. Wir fordern die Landesregierung auf, die sich dadurch
33 ergebenden Chancen mit Nachdruck zu nutzen. Wir unterstützen deshalb auch die Initiative
34 der Bundesregierung zur Errichtung eines Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur, um
35 die Entwicklung Ostdeutschlands zu einer europäischen Verbindungsregion zu
36 beschleunigen.

37
38 Die chemische Industrie ist für Sachsen-Anhalt von herausragender Bedeutung.
39 In den vergangenen Jahren hat sich Sachsen-Anhalt unter der SPD-Regierung als zukunfts-
40 und wettbewerbsfähiger Chemie-Standort mit hochqualifiziertem Personal etabliert. Wir
41 setzen uns auch weiterhin dafür ein, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der
42 chemischen Industrie in Sachsen-Anhalt zu erhalten und weiter zu stärken sowie gleichzeitig
43 höchstmöglichen Schutz von Mensch und Umwelt vor der Belastung durch chemische Stoffe

44



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2 zu garantieren. Deshalb liegt unser besonderes Augenmerk auf der EU-Gesetzgebung zur
3 Chemikalienpolitik, die unseren spezifischen Interessen Rechnung tragen muss.

4
5 Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch den Aufholprozess immer noch
6 bestehen, haben Neue Technologien in den letzten Jahren unser Land zu einem
7 Innovationsstandort erster Güte werden lassen. Besonders der Bereich der Biotechnologie
8 erlebt einen großen Aufschwung. Sachsen-Anhalt kann sich dank seiner zahlreichen hoch
9 qualifizierten Forschungs- und Produktionsstandorte in den Sparten der grünen und roten
10 Biotechnologie mit den modernsten Regionen in Europa messen. Auch dies ist ein Erfolg
11 jahrelanger SPD-Politik in Land, Bund und EU.

12
13 Es gilt die Möglichkeiten des 6. Forschungsrahmenprogramms künftig noch stärker für die
14 Zusammenarbeit mit osteuropäischen Partnern zu nutzen. Denn die Schaffung europäischer
15 Forschungs- und Industrieverbünde in Mitteleuropa sind wichtige Voraussetzungen für eine
16 nachhaltige Wirtschaftsentwicklung auch bei uns.

17
18 Der Mittelstand, das Handwerk und die vielen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)
19 unseres Landes sind das Rückgrad künftiger Beschäftigungsentwicklung. Sie müssen durch
20 die Politik taugliche Mittel und Informationen an die Hand bekommen, um dem sich
21 verschärfenden Wettbewerb Stand halten und um ihre Chancen angesichts neuer Märkte
22 und Kooperationsmöglichkeiten besser wahr nehmen zu können.

23
24 Die Finanzierungsmöglichkeiten von Land, Bund und EU sollten auch verstärkt für
25 Existenzgründungen und die Stabilisierung junger Unternehmen genutzt werden. Die SPD
26 ermutigt junge Menschen den Sprung in die Selbstständigkeit zu wagen und von den
27 Chancen des EU-Binnenmarkts zu profitieren sowie von den Möglichkeiten, die eine
28 Ausbildung oder Beruf in Europa bieten.

29
30 **Für eine neue Landwirtschaftspolitik: Modern, effizient, ökologisch**

31
32 Das erweiterte Europa steht vor neuen Herausforderungen in der Landwirtschaftspolitik. Die
33 Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss sich den verändernden Umständen, die sich durch die
34 Erweiterung ergeben, stellen. Die SPD Sachsen-Anhalt unterstützt alle Maßnahmen, die auf
35 die Nachhaltigkeit der GAP sowie auf die Einkommenssicherheit unserer Bauern und
36 landwirtschaftlichen Betriebe ausgerichtet ist. Gerade die besondere Betriebsstruktur in
37 Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt muss dabei besondere Rücksicht finden. Die durch die
38 großflächige Struktur erreichte Effizienz muss erhalten werden. Die SPD ist sich des
39 Veränderungsdrucks, der durch die Verschiedenartigkeit der Wirtschaftsstruktur in vielen der
40 Beitrittsländer hervorgerufen wird, bewusst. Sie fordert, dass der Anpassungsdruck, der
41 hieraus und aus den Bestimmungen der Welthandelsorganisation resultiert, dazu führt, dass
42 das erweiterte Europa zu einer neuen GAP findet, die Sicherheit für die Bauern, ökologische
43 Nachhaltigkeit und Stabilität der Versorgung bringt.

44



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **E2**

Antragsteller: SV Halle

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

**Ausschreibung für Namen des
Zusammenschlusses der europäischen Staaten**

Die Bundesregierung wird beauftragt eine Ausschreibung, die den zukünftigen Namen des Zusammenschlusses der europäischen Staaten finden soll, zu starten. Der "Siegername" soll in das europäische Parlament eingebracht und als Name Diskutiert werden.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **G1**

Antragsteller: SV Halle

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Erstellung einer Positivliste

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in das Arbeitsprogramm der, im Rahmen der Gesundheitsreform 2003, neu zu gründenden 'Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen' die Erstellung einer Positivliste aufzunehmen.

Diese Positivliste soll dann in den nächsten Jahren ein wesentliches Instrument zur Rationalisierung der Arzneimitteltherapie bei steigender Leistungsfähigkeit der Gesundheitsversorgung werden.

Begründung:

In den Eckpunkten zur Gesundheitsreform ist festgehalten, dass das 'Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen' damit beauftragt werden kann eine Bewertung des Nutzens von Arzneimitteln vorzunehmen, diese Bewertung entspricht der Stoßrichtung einer Positivliste. Allerdings reichen die Bewertungen einer solchen Liste noch weiter. Hier wird nämlich zusätzlich noch die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der geprüften Arzneimittel bewertet. Damit kann verhindert werden das neue Arzneimittel auf den Markt gebracht haben, die inhaltlich und therapeutisch identisch mit Vorgängerprodukten sind, aber durch einen längeren Entwicklungszeitraum teurer in ihrer Produktion. Diese unnötigen Mehrkosten entstehen dem gesamten Gesundheitssystem ohne eine wirkliche Verbesserung der Patientensituation zu erbringen.

Nach den vorläufigen Finanzdaten der gesetzlichen Krankenversicherung sind die Ausgaben für die Arzneimittelversorgung im Jahr 2002 wiederum überproportional um fast fünf Prozent gestiegen. Dafür gibt es im Wesentlichen keine medizinischen Gründe – auch wenn dies immer wieder behauptet wird. Grund für die Ausgabensteigerungen ist viel mehr, dass zu oft hochpreisige Arzneimittel mit unklarem therapeutischen Nutzen verordnet werden. Dies gilt in gleicher Weise für Originalpräparate wie für Generika.

(Pressemitteilung vom BMGS am 23.04.2003)

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **G2**

Antragsteller: SV Magdeburg

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

**Gesundheitsprävention und Leistungssteigerung durch
mehr Bewegung und eine gesündere Lebensweise**

In die Schulen des Landes Sachsen-Anhalt ist die Vermittlung einer gesünderen Lebensweise ganzheitlich in den Unterricht zu integrieren. Schüler und Schülerinnen sollen die Möglichkeiten einer gesunden Lebensweise erfahren und an sie herangeführt werden.

Dazu sind folgende Punkte umzusetzen:

1. Der Sportunterricht an den Schulen ist qualitativ und quantitativ zu verbessern.
2. In den Sportstunden soll auf die individuellen Bedürfnisse der Schüler und Schülerinnen eingegangen werden. Die Schüler und Schülerinnen sind entsprechend ihrer individuellen Möglichkeiten zu fordern und sollen darüber hinaus befähigt und motiviert werden, sich selbständig sportlich zu betätigen. Dabei sind Sportstunden grundsätzlich in Doppelstunden zu halten, um einen sinnvollen Trainingsaufbau zu gewährleisten.
3. Entsprechend qualifizierte Schüler und Schülerinnen sollen die Sportlehrer in ihrer Arbeit unterstützen. Sie sollen durch gegenseitige Hilfestellungen und ein gemeinsames Training soziale Kompetenzen herausbilden.
4. Die Schule soll ein außerschulisches, jedoch obligatorisches Sportangebot vorhalten. Der obligatorische Charakter entfällt bei Nachweis äquivalenter sportlicher Betätigung, z.B. in Vereinen.
5. Die Schulen sollen bei der Umsetzung des obligatorischen Programms eng mit den Vereinen vor Ort zusammenarbeiten. So kann zum einen eine Unterstützung der Vereine und zum anderen eine bessere Koordination von schulischen und ausserschulischen Belangen erreicht werden.
6. In den Biologie- und den Hauswirtschaftsunterricht (Sekundarstufe I) und soll Ernährungskunde als elementarer, praxisnaher und jährlich wiederkehrender Bestandteil in die Rahmenrichtlinien aufgenommen werden.
7. In den Projektwochen ist mindestens ein Projekt zum Thema „gesunde Lebensweise“ anzubieten.

Begründung: Kinder und Jugendliche in Deutschland leiden massiv an Bewegungsmangel. Dazu der Präsident des Deutschen Sportbundes Manfred von Richthofen: "Die Lage ist, mit einem Wort: katastrophal".



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2 Dieses scheinbar harte Urteil lässt sich mit alarmierenden Zahlen stützen. So sind mittlerweile
3 18 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland übergewichtig, sieben Prozent
4 leiden unter Fettsucht. 40 Prozent aller Schulkinder leiden an Haltungsschäden und ihre
5 motorischen Fähigkeiten sind unterentwickelt - viele Kinder können nicht einmal mehr
6 rückwärts laufen, eine Rolle vorwärts machen oder auf einem Bein hüpfen.

7
8 Diese Probleme lassen sich nur mit zwei Maßnahmen beheben: 1. mehr Bewegung, 2.
9 besser essen (qualitativ besser, nicht mehr!!!). Daher müssen beide Maßnahmen elementar
10 nicht nur in den Schulunterricht, sondern so weit wie möglich in den Schulalltag integriert
11 werden. Die Umsetzung der Maßnahmen muss dabei so erfolgen, dass die Schüler und
12 Schülerinnen durch Spaß zum Mitmachen motiviert werden.

13
14 Mit der Umsetzung dieses Projekts werden mehrere Ziele erreicht:

- 15
- 16 1. Kinder und Jugendliche werden an sportliche Bewegung und eine gesunde Lebensweise
17 herangeführt und leisten mit dieser Art von Gesundheitsprävention einen Beitrag zur
18 Entlastung des Gesundheitssystems.
 - 19 2. Schüler und Schülerinnen werden durch die größere körperliche Anstrengung
20 leistungsfähiger und belastbarer in anderen schulischen Fächern. Dieser Zusammenhang
21 ist durch ein Modellversuch an einer Bad Homburger Schule belegt. So konnten bei
22 Schüler und Schülerinnen dieser Schule nicht nur bessere Ergebnisse in Kraft, Ausdauer
23 und bei den motorischen Fähigkeiten erzielt werden, sondern es sind gleichzeitig
24 Verbesserungen in der Konzentrationsfähigkeit und eine Verminderung von
25 Antriebslosigkeit nachzuweisen.
 - 26 3. Daneben hat die gesteigerte sportliche Betätigung in dem Modellversuch eine Abnahme
27 aggressiven Verhaltens der Schüler und Schülerinnen im Alltag gezeitigt. Dies ist zum
28 einen auf die höhere Ausgeglichenheit der Jugendlichen, als auch durch die Erlernung
29 sozialer Kompetenzen im gemeinsamen Training zurückzuführen.
 - 30 4. Durch eine enge Zusammenarbeit von Schule und Sportvereinen kann die Arbeit dieser
31 Vereine sinnvoll gefördert und aufgewertet werden. Zudem entsteht so ein breites
32 Sichtungssystem für sportliche Talente und über das schulische Maß hinaus motivierte
33 Schüler und Schülerinnen.

34
35 Notizen während der Debatte:

36
37
38
39
40
41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____
43 Weitergeleitet an:_____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **G3**

3

4 Antragsteller: KV Jerichower Land

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Legalisierung von Marihuana und Cannabis**

9

10 Wir, die Jusos Sachsen-Anhalt, sind für eine sachliche Debatte über Drogen und
11 Rauschmittel.

12

13 In Deutschland ist ein Konsum von Alkohol nach der Vollendung des 16. Lebensjahres
14 möglich. In Wirklichkeit findet dieser oft noch vor diesem Zeitpunkt statt. Viele Menschen in
15 Deutschland konsumieren auch Cannabis und Marihuana, was zurzeit illegal ist.
16 Problematisch ist die Prohibition von Cannabis und Marihuana deshalb, weil die
17 Beschaffung verboten ist und deshalb eine Beschaffungskriminalität fördert. Dieser illegalen
18 Subkultur würde man durch eine Legalisierung die Grundlage entziehen und könnte durch
19 staatliche Qualitätskontrolle den Konsumenten schützen. Durch eine Steuererhebung auf
20 Cannabis und Marihuana würde man eine neue Einnahmequelle für den Staat erschließen.
21 Es ist paradox, dass einerseits Alkohol so leicht erhältlich ist und gesellschaftlich so
22 anerkannt ist, Cannabis und Marihuana jedoch verboten sind, andererseits Alkoholismus
23 eine Volkskrankheit ist.

24 Diese Ungleichbehandlung muss beendet werden. Wir fordern deshalb eine Legalisierung
25 und einen Verkauf von Marihuana und Cannabis durch die Apotheken und „Coffeeshops“.

26

27 Notizen während der Debatte:

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: _____/_____/_____

43 Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **K 1**

3

4 Antragsteller: Landesvorstand (Leitantrag der SPD zum SPD-Landesparteitag)

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Durch starke Kommunen zur stärksten Kraft im Land**

9

10 **I. Präambel**

11

12 Kernziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik sind lebenswerte Städte und Gemeinden. In
13 den Kommunen erleben und gestalten die Bürgerinnen und Bürger Demokratie und politische
14 Willensbildung am unmittelbarsten. Sozialdemokratische Kommunalpolitiker sind am ehesten
15 in der Lage bürgernah soziale Gerechtigkeit, ausgewogene Finanzplanung und richtige
16 Prioritätensetzung zu sichern.

17

18 Wir stellen uns den Herausforderungen der Gegenwart: Die Kommunen in Sachsen-Anhalt
19 befinden sich in der schwierigsten Situation seit der Wende. Ausgeglichene Haushalte sind
20 inzwischen die Ausnahme, die kommunale Investitionstätigkeit ist deutlich zurückgegangen.
21 Mit ihrer Verweigerung einer konsequenten Gebiets- und Kommunalreform verbaut die
22 Landesregierung den Weg zu effizienten und bürgerfreundlichen Verwaltungsstrukturen.
23 Gleichzeitig müssen die Kommunen den stärksten Rückgang der Landeszuweisungen seit
24 1990 verkraften. Ausgesprochen kommunalfeindlich agiert die Landesregierung daneben
25 auch auf anderen Feldern. Beispielhaft genannt sei das so genannte zweite
26 Investitionserleichterungsgesetz, das die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen deutlich
27 erschweren und damit Arbeitsplätze kosten wird.

28

29 Der Landespolitik muss deshalb vor Ort in den Kommunen eine starke SPD gegenüber
30 stehen. Deshalb muss der Erhalt der Mandatsmehrheiten bzw. das Erringen der Mehrheit
31 der Sitze in den Gemeinderäten und Kreistagen unser Ziel sein, dem wir alle Kraft widmen.
32 Lasst uns flächendeckend im Land Sachsen-Anhalt die politische Verantwortung anstreben.
33 Ziel des Kommunalwahlkampfes 2004 ist es, die SPD zur stärksten kommunalen Kraft im
34 Land zu machen. Damit legen wir den Grundstein zur Übernahme der
35 Regierungsverantwortung auf Landesebene im Jahre 2006.

36 Nur wer Mehrheiten besitzt, kann seine Politik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger
37 wirksam in die Tat umsetzen!

38

39 **II. Grundsätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik**

40

41 1. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stärken den gesellschaftlichen
42 Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger. Der Ausgrenzung von Minderheiten und
43 Benachteiligten wirken wir entschlossen entgegen.



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2 2. Wir stiften Identität mit den Anliegen des Gemeinwohls. Einzelinteressen, die dem
3 Gemeinwohl nicht förderlich sind, versagen wir unsere Unterstützung. Bereicherungen und
4 Bevorzugungen zu Lasten der Gemeinschaft lehnen wir ab.

5
6 3. Die gerechte Verteilung der Lasten des Gemeinwesens ist uns ein zentrales Anliegen.
7 Breite und starke Schultern müssen mehr tragen als schwache und schmale Schultern.

8
9 4. Verschiedene Interessen- und Bevölkerungsgruppen müssen vor Ort zu einem
10 Miteinander veranlasst werden. Wir stellen uns bewusst dieser Vermittlungsaufgabe. Durch
11 die Zusammenführung der nötigen Meinungs- und Interessenunterschiede entsteht die Kraft
12 für unsere erfolgreiche kommunalpolitische Arbeit.

13
14 **III. Kommunale Wirtschaftsförderung als Daueraufgabe vor Ort**

15
16 1. Voraussetzung für starke Kommunen ist eine stabile, leistungsfähige Wirtschaft vor
17 Ort. Sozialdemokratische Kommunalpolitiker fördern daher die Entwicklung der Wirtschaft
18 und damit die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Lokal und regional vorhandene
19 Kernkompetenzen sind Basis jeder Erfolg versprechenden Wirtschaftsentwicklung. Unsere
20 kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik unterstützt und ergänzt die Kräfte der
21 ortsansässigen Betriebe.

22
23 2. Sozialdemokratische Wirtschaftsförderung setzt sich verstärkt für kleine und mittlere
24 Unternehmen ein. Die Kommunen müssen koordiniert ein vielfältiges Angebot an
25 Gewerbeflächen bereithalten. Im Rahmen eines Stadt- und Regionalmarketing werden wir
26 die Stärken der Wirtschaftsstandorte hervorheben. Dazu bedarf es auch der überregionalen
27 Unterstützung zur Heranführung von Ansiedlungsinteressenten, damit sich die Kommunen
28 erfolgreich präsentieren können.

29
30 3. Investitionen im kommunalen Bereich sollen vor allem der Schaffung von
31 Dauerarbeitsplätzen dienen. Industrielle und gewerbliche Standorte müssen attraktiv sein.
32 Die Weiterentwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur bleibt weiterhin ein Schwerpunkt
33 kommunaler Wirtschaftspolitik. Das Dienstleistungsgewerbe und die Tourismusentwicklung
34 verdienen stärkere Beachtung.

35
36 4. Aktive Wirtschaftsförderung vor Ort durch Beratung und Erschließungsaufwendungen ist
37 Teil der Arbeitsplatzschaffung für die Bürgerinnen und Bürger. Diese aufgewandte Mühe
38 muss sich deshalb auch in den zurückfließenden Steuern und weiteren Abgaben wieder
39 finden. In der auf Bundesebene angestrebten Gemeindefinanzreform muss die
40 Gewerbesteuer erhalten bleiben, da sie als wirtschaftskraftbezogene Abgabe ein
41 unverzichtbares finanzielles Bindeglied zwischen Wirtschaft und Kommune darstellt. Der
42 Gewerbesteuerausgleich zwischen Kommunen ist für uns kein Tabu.

43
44



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2 5. Zur Wirtschaftsförderung vor Ort gehört neben der Neuansiedlung ebenso die
3 Bestandspflege der vorhandenen Unternehmen. Handwerk und Gewerbe, Industrie und
4 Handel, Landwirtschaft und Dienstleistungsunternehmen sind für ein funktionierendes
5 Gemeinwesen unabdingbar.

6
7 6. Bei der für 2006 anstehenden Neustrukturierung der europäischen Strukturfonds
8 orientieren wir auf mehr Handlungsspielräume für die Kommunen. Darauf müssen wir die
9 Kommunen durch Kompetenzaufbau und eine Organisation der Willensbildungsprozesse
10 vorbereiten.

11
12 7. Der Wandel des nationalen und internationalen Wirtschaftslebens hat zur Folge, dass
13 Kommunen nicht mehr einzeln den neuen Anforderungen gerecht werden können. Keine
14 Kommune kann alle Vorteile eines Standorts in gleicher Weise schaffen.
15 Sozialdemokratische Kommunalpolitik will deshalb entwicklungshemmende Rivalitäten unter
16 den Kommunen durch regionale Kooperation und Unterstützung von Wirtschaftsnetzwerken
17 ausgleichen.

18
19 **IV. Finanzpolitik für die Kommunen**

20
21 1. Viele Kommunen verfügen kaum über eigene Steuerkraft und leben in hohem Maße
22 von Landeszuweisungen. Deshalb wirken sich Kürzungen bei den Kommunalfinzen
23 besonders negativ aus. Angesichts dieser Situation benötigen unsere Kommunen
24 Planungssicherheit und Landeszuweisungen auf hohem Niveau. Im Landeshaushalt 2004
25 müssen die Zuweisungen wieder angehoben werden.

26
27 2. Auf Bundesebene ist zum 1. Januar 2004 eine Gemeindefinanzreform umzusetzen.
28 Wir Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt bevorzugen in diesem Zusammenhang die
29 Stärkung der Gewerbesteuer vor anderen Modellen.

30
31 3. Aufgabenübertragungen vom Land auf die Kommunen müssen stets mit einem
32 finanziellen Ausgleich für Personal und Sachkosten verbunden sein, wie in der
33 Landesverfassung vorgesehen.

34
35 **V. Sozialdemokratische Schwerpunkte bei freiwilligen Aufgaben der Kommunen**

36
37 1. Freiwillige Aufgaben können von Kommunen in dem Maße übernommen werden,
38 wie es durch freie Mittel in den Haushalten möglich ist. Soziale Aufgaben sind in weiten
39 Teilen freiwillige Aufgaben. Sozialdemokratische Politik trifft die richtigen Entscheidungen in
40 der Finanzpolitik, um die Spielräume für soziale Aufgaben möglichst groß zu halten.

41
42 2. Eigene Einnahmequellen der Kommunen müssen unter Beachtung des Grundsatzes
43 der Lastengerechtigkeit ausgeschöpft werden.

44



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2 3. Wir gestalten die Entscheidungen für freiwillige Aufgaben in transparenten
3 Meinungsbildungsprozessen. Dadurch werden die Entscheidungen für den Bürger
4 nachvollziehbar.

5
6 4. Dabei sind unter anderem folgende Aufgabenfelder zu lösen: Der Zusammenhalt in
7 der Solidargemeinschaft (Jugendliche und Senioren), die Stärkung bürgerschaftlichen
8 Engagements und die Gestaltung eines attraktiven Lebensraumes für alle Altersschichten sind
9 unsere Ziele. Dazu sollten gemeinsame Aktionen von Senioren und Junioren gefördert,
10 verstärkt Jugendliche angesprochen und mit ihnen kooperiert werden. Die Integration von
11 „Randgruppen“ durch kommunalübergreifende Projekte und die Entwicklung von
12 Verständnis für die Probleme anderer sozialer Gruppen müssen wir wecken und stärken. Zur
13 Unterstützung von Vereinen, Kunst und Kultur und der Sportförderung realisieren wir
14 Modelle, wie z.B. die Werbung durch die heimische Wirtschaft und die Zusammenarbeit mit
15 allen Verbänden und gesellschaftlichen Verantwortlichen. Dabei sind der Ideenvielfalt keine
16 Grenzen gesetzt.

17
18 **VI. Sozialdemokratische Schwerpunkte in der Sozial- und Schulpolitik**

19
20 1. Die Erfüllung sozialer Aufgaben ist ein wesentliches Identifizierungsmerkmal
21 sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Gleichwohl wissen wir, dass die Umsetzung dieser
22 Ziele und die Erfüllung der hohen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht
23 konfliktfrei sein wird, da die finanzielle Situation dramatisch ist. Dennoch sind gerade wir
24 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufgefordert, bei unseren Entscheidungen
25 sozialverträglich zu handeln.

26
27 2. Wir treten für eine bürgernahe Sozialpolitik ein. Soziale Leistungen müssen dezentral
28 und gemeindenah erbracht werden. Dabei werden soziale, pflegerische und medizinische
29 Dienstleistungen und Einrichtungen eine wachsende Bedeutung erfahren. Denn allein die
30 Rückverlagerung sozialer Risiken, wie z.B. Altenpflege, Kinderbetreuung etc., in familiäre
31 und Selbsthilfestrukturen greift zu kurz. Alle sozialen Träger müssen kooperativ
32 zusammenarbeiten. Das ehrenamtliche Engagement und Selbsthilfegruppen müssen

33
34 gefördert und vor bürokratischer Einschränkung geschützt werden, denn sie spornen zu
35 Veränderung in den Sozialstrukturen an.

36
37 3. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten weiter für eine alters- und
38 bedarfsgerechte Bildung und Betreuung der Kinder ein. Dort, wo die Schulen wegen der
39 geringen Schülerzahl geschlossen werden, muss die Schülerbeförderung gesichert und
40 finanzierbar sein. Private Kinderbetreuung und Schulen sind mit ihren alternativen
41 Betreuungs- und Lehrangeboten als Ergänzung und Bereicherung der staatlichen
42 Einrichtungen zu unterstützen. Bei Kindertagesstätten und im Grundschulbereich gilt für uns
43 das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“. Für uns ist ein möglichst flächendeckendes Angebot
44 an Ganztagschulen das Ziel.



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2 **VII. Kommunalreform schafft leistungsstarke Kommunen**
3

4 1. Die Kommunalstrukturen, egal ob Gemeinden, Gemeinschaften oder Kreise müssen
5 so gestaltet sein, dass der bürokratische Aufwand minimiert und die Wirksamkeit maximiert
6 ist. Um das zu erreichen, ist es erforderlich, ohne weiteren Zeitverzug den Weg zu
7 leistungsstarken Strukturen frei zu machen.

8
9 2. Möglichst viele Aufgaben müssen auf untere leistungsstarke Verwaltungsebenen
10 delegiert werden. Dazu gehört die vollständige Finanzstärkung der Kommunen. Aufgaben
11 und Mittel möglichst weit nach unten zu verlagern, ist der sozialdemokratische
12 Organisationsweg der Bürgernähe.

13
14 3. Wir werben für die Bildung von Einheitsgemeinden, weil diese eine wesentlich
15 größere Verwaltungskraft im Interesse der Bürgerinnen und Bürger haben. Zwischen den
16 Modellen Einheitsgemeinde und Verwaltungsgemeinschaft soll aber langfristig Wahlfreiheit
17 bestehen.

18
19 4. Die kommunale Gebietsreform ist von einer umfassenden Funktionalreform nicht
20 trennbar. Wir sind der Auffassung, dass möglichst viele Aufgaben kommunalisiert werden
21 müssen, wenn die Funktionalreform ihren Namen verdienen soll. Eine solche
22 Funktionalreform wird nicht gelingen, solange darauf beharrt wird, dass Zusammenschlüsse
23 von Kreisen und von Gemeinden nur freiwillig erfolgen dürfen.

24
25 **VIII. Stadtumbau und Stadtsanierung mit örtlichem Sachverstand gestalten**
26

27 1. Im Mittelpunkt der Stadtentwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht der
28 Stadtumbau. Dazu zählt die Wohnumfeldverbesserung ebenso wie der durchdachte Abriss
29 bzw. Rückbau dauerhaft leer stehender Wohnungsbestände. Der Abriss bietet gleichzeitig
30 die Chance, Wohnquartiere zu stabilisieren und Freiflächen mit einer neuen Funktion zu
31 versehen. Der Neubau von Geschosswohnungen in den betroffenen Kommunen muss
32 eingedämmt werden.

33
34 2. Lebenswerte Städte und Dörfer sind wichtige Voraussetzungen, um das Abwandern
35 der Bevölkerung zu stoppen. Wir wissen um die Probleme der Wohnungswirtschaft in
36 unseren Kommunen, die mit dem strukturellen Wohnungsleerstand umzugehen hat. Für die
37 SPD ist es Ziel, den erheblichen Einnahmeverlusten bei der Vermietung entgegenzuwirken
38 und eine Lösung der Altschuldenproblematik gemeinsam mit dem Bund und dem Land
39 herbeizuführen. Die SPD fördert die Entwicklung des ländlichen Raums und setzt sich für die
40 Fortführung der Dorferneuerungs-Programme ein.

41
42 3. Das Programm „Stadtumbau Ost“ mit seinen wohnungs- und städtebaulichen
43 Fördermaßnahmen muss gelingen. Sozialdemokratische Kommunalpolitiker machen sich für
44 eine ausreichende Unterstützung durch Bund und Land stark. Die SPD kümmert sich vor Ort



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1 um einen sozialverträglichen Stadtumbau. Wir sorgen dafür, dass die Wohnungswirtschaft
2 notwendige Modernisierungen im verbleibenden Wohnungsbestand in allen Kommunen
3 durchführen kann. Dabei sind alle öffentlichen Anlagen und Einrichtungen barrierefrei zu
4 gestalten. Der Schaffung von altengerechtem und kindergerechtem Wohnraum müssen die
5 Förderprogramme stärker dienen.

6
7 4. Die SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auch die Stadtsanierung in unseren
8 Innenstädten weitergeführt wird. Sie ist eine der effizientesten Formen der
9 Wirtschaftsförderung, da in der Regel jeder Euro staatlicher Förderung fünf Euro private
10 Investitionen nach sich zieht.

11

12 **IX. Öffentliche Unternehmen leistungsfähig in den Wettbewerb führen**

13

14 1. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die öffentliche
15 Daseinsvorsorge gewährleistet durch den flächendeckenden, gleichberechtigten und
16 kostengünstigen Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen und Gütern in ausreichender
17 Qualität und Umfang. Die Infrastruktur muss so ausgestattet werden, dass die
18 Funktionsfähigkeit des öffentlichen Lebens und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft
19 gewährleistet ist.

20

21 2. Wir bekennen uns zu dem politischen Ziel, den Bürgern eine möglichst hohe
22 Dienstleistungsqualität kostengünstig anzubieten. Die Kommunalpolitik muss entscheiden,
23 welche Aufgaben öffentlich und welche privat erbracht werden sollen. Einer Privatisierung
24 öffentlicher Aufgaben kann nur dann zugestimmt werden, wenn die öffentliche Hand auch
25 nach der Privatisierung in wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge die
26 Steuerungsmöglichkeiten behält.

27

28 3. Wir unterstützen die kommunalen Unternehmen dabei, sich strukturell rechtzeitig auf
29 veränderte Herausforderungen einzustellen. Liberalisierung heißt für uns nicht automatisch
30 Privatisierung. Die Gestaltungskompetenz muss auf jeden Fall in der Hand kommunaler
31 Selbstverwaltung bleiben.

32

33 4. Kommunale Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und stellen ein wichtiges Glied in
34 der regionalen Wertschöpfungskette dar. Durch die Veränderungen der
35 Rahmenbedingungen werden kommunale Unternehmen viele Aufgaben und wirtschaftliche
36 Aktivitäten der Kommunen künftig im Wettbewerb mit anderen Anbietern leisten.
37 Sozialdemokratische Kommunalpolitik wird die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die
38 öffentlichen Unternehmen in den Kommunen für den Wettbewerb fit bleiben bzw. werden.

39

40 Notizen während der Debatte:

41

42

43 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

44 Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **K2**

3

4 Antragsteller: KV Stendal

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Einführung des Konnexitätsprinzips in Sachsen-Anhalt**

9

10 Wir fordern die Einführung des Konnexitätsprinzips in Sachsen Anhalt. Das soll in die
11 Landesverfassung aufgenommen werden.

12

13 Begründung: erfolgt mündlich

14

15

Notizen während der Debatte:

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: _____/_____/_____

43

Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **O1** (satzungsändernder Antrag)

3

4 Antragsteller: Landesvorstand

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Änderung der Richtlinien § 5 Abs. 1, Jusos Sachsen-Anhalt**

9

10 Die Richtlinien der AG der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) in der SPD
11 Sachsen-Anhalt wird im § 5 Abs. 1 wie folgt geändert:

12

13 Einfügung eines neuen vierten Satzes:

14

15 Die Kreisverbände können zwei Stellvertreter/innen wählen, wobei die Reihenfolge
16 eindeutig sein muss (1. und 2. Stellvertretung).

17

18 Begründung: erfolgt mündlich

19

20 Notizen während der Debatte:

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

43 Weitergeleitet an:_____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **O2**

3

4 Antragsteller: Landesvorstand

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

9

10 **Parteireform und eine Überprüfung der hergebrachten Strukturen**

11

12 Um die Interessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärker als bisher in der
13 Gesellschaft zu verankern, muss die SPD durch eine Parteireform und eine Überprüfung der
14 hergebrachten Strukturen und Kommunikationsprozesse aktiv werden. Daher fordern wir
15 folgende Punkte:

16

17 1. Die Kreisverbände werden aufgefordert, für die Kreistagswahlen 2004 anzustreben,
18 dass mindestens 10 % der Mandate an Kandidatinnen und Kandidaten gehen, die
19 jünger als 35 Jahre sind. Der Landesvorstand und die Kreisverbände werden
20 aufgefordert, sich einzusetzen, dass zu Bundestagswahlen und Landtagswahlen in
21 entsprechender Anzahl von Wahlkreisen eine Kandidatin oder Kandidat nominiert
22 wird.

23 2. Die Kreisverbände und der Landesvorstand sind dazu aufgefordert, sich durch
24 frühzeitige Personalpolitik um die Einhaltung der Quotierungen bei den
25 Direktwahlkreiskandidatinnen und –kandidaten zu bemühen. Bei der Vorschlagsliste
26 des Landesvorstandes für die Landesliste gelten folgende Prioritäten:

27

28 (I) fachliche und regionale Ausgewogenheit

29 (II) Geschlechterquote

30 (III) Eine ausreichende Berücksichtigung von Bewerberinnen und Bewerbern
31 unter 35 Jahren

32 (IV) Direktwahlkreisbewerberinnen und –bewerber auf die vordersten Plätze.

33

34 Dabei erfolgt keinerlei Privilegierung durch eine Mitgliedschaft im SPD-Landesvorstand.

35

36 Begründung: erfolgt mündlich

37

38 Notizen während der Debatte:

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

43 Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **O3**

3

4 Antragsteller: Landesvorstand, SV Halle

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **„Graue Zettel“ in eine „Probemitgliedschaft“ umwandeln**

9

10 Der Bundesvorstand wird aufgefordert zu prüfen inwieweit die Sonderregelung der
11 Mitgliedschaft bei den Jusos über `Graue Zettel` in eine `Probemitgliedschaft` umgewandelt
12 werden kann.

13 Diese Probemitgliedschaft soll den Zeitraum von einem Jahr umfassen, in dem das
14 Probemitglied alle Rechte (außer dem Recht Finanzämter zu bekleiden) und Pflichten (ohne
15 die Beitragspflicht) eines Juso-Mitgliedes besitzt. Nach diesem Jahr kann diese
16 Mitgliedschaft, durch den Eintritt in die SPD in eine dauerhafte Mitgliedschaft umgewandelt,
17 um ein weiteres Jahr als `Probemitgliedschaft` verlängert oder aber durch Zeitablauf
18 beendet werden. Grundvoraussetzung für die Umsetzung dieser Regelung ist die Aufnahme
19 aller Probemitglieder in die Mitgliederdatei (Mavis) der SPD um eine Koordination der
20 Kontaktaufnahme zu gewährleisten.

21

22 Begründung:

23 Die Überprüfung der `Grauen Zettel` auf diese Art und Weise stellte eine weitgehende
24 Verbesserung der momentanen Situation in verschiedener Hinsicht dar. Zum einen kann auf
25 dieser Basis die Legitimation des Gremiums der LDK erhöht werden. In die Berechnung der
26 Delegiertenschlüssel gehen, unter Anwendung dieser Regelung, nur die Mitglieder ein, die
27 wirklich der Partei oder der Juso Arbeit nahe stehen und sich daran aktiv beteiligen. Die
28 Einbindung in die Arbeit bleibt aber weiterhin unabhängig vom Parteieintritt und stellt damit
29 auch weiterhin einen niedrigen Schwellenwert dar. Auf der anderen Seite werden mit dieser
30 Regelung alle Stadt- und Kreisverbände in die Pflicht genommen sich um alle Mitglieder zu
31 kümmern und Kontakte aufrecht zu erhalten um die Verlängerung der Mitgliedschaft nach
32 einem Jahr überhaupt möglich zu machen.

33

34 Notizen während der Debatte:

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

43 Weitergeleitet an:_____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **O4**

Antragsteller: KV Jerichower Land

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Rechtliche Prüfung der Quotenregelung

Mit Bedauern haben wir – die Jusos Sachsen-Anhalts – den Antrag des Parteivorstandes zur Entfristung der „Quotenregelung“ aufgenommen. Die Mindestabsicherung der Geschlechter soll damit in das Ordnungsstatut der SPD einbetoniert werden.

Auch für uns Jusos ist die Gleichstellung der Geschlechter ein zentrales Aufgabenfeld. Doch statt dies über starre Reglementierungen und ein Mehr an Bürokratie zu erreichen setzen wir auf ein Umdenken in den Köpfen. Das macht eine emanzipierte Gesellschaft aus.

Es ist nach wie vor fraglich, wie die Quotenregelung – die das Minderrepräsentierte dem überrepräsentierten Geschlecht vorzieht – mit der per Grundgesetz gebotenen Gleichstellung von Mann und Frau vereinbar ist.

Wir fordern daher den Bundesparteitag dazu auf eine umfassende rechtliche Prüfung der Quotenregelung einzuleiten. Für diesen Zeitraum ist von einer Anwendung und Entfristung abzusehen.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **O5**

3

4 Antragsteller: Kreisverband Schönebeck

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8

Altersquotenregelung

9

10 Um einem fortschreitenden Anstieg des Durchschnittsalters der Amts-, Mandats- und
11 Entscheidungsträger entgegen zu wirken, fordern wir die Durchsetzung einer
12 Altersquotenregelung.

13

14 25% aller o.g. Funktionen soll durch Personen besetzt werden, die unter 35 Jahre alt sind.

15

16 Begründung: erfolgt mündlich

17

18 Notizen während der Debatte:

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

43 Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **O6**

3

4 Antragsteller: Kreisverband Schönebeck

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Medienwirksame Außendarstellung mittels Jahreskalender**

9

10 Zum Zwecke der medienwirksamen Außendarstellung der JUSOS Sachsen-Anhalt und als
11 Image-Aktion, welche vor allem auf das Wecken des Interesses potentieller
12 NeumitgliederInnen gerichtet ist, produzieren und veröffentlichen die JUSOS des Landes
13 einen fotografischen Jahreskalender für 2005. Ziel des Kalenders ist es, dem anonymen
14 Konstrukt „JUSOS“ Gesichter zu geben, welche eine Identifikation mit der Organisation
15 auch auf einer menschlichen Ebene erleichtern und somit mögliche Zugangsängste
16 abzubauen helfen. Der Kalender wird aus „erotischen“ Fotografien von Mitgliedern der
17 JUSOS im Land bestehen, welche entsprechend eines noch näher zu spezifizierenden
18 Themas ansprechend umgesetzt werden. Die Modelle werden zu gleichen Teilen aus
19 Vertretern beider Geschlechter gewählt.

20 Die Organisation und Produktion des Kalenders wird von einer durch den Landesvorstand
21 zu bestätigenden Arbeitsgruppe übernommen. Die genauen Modalitäten der Produktion des
22 Kalenders wird der Vorstand bis März 2004 abschließend zu beraten haben. Die
23 Produktion der Bilder durch die Arbeitsgruppe wird bis September 2004 abgeschlossen, der
24 Druck des Kalenders in einer im Vorbereitungsprozess noch näher zu spezifizierenden
25 Auflage ist bis spätestens Oktober 2004 zu vollenden. Die Produktion soll weitest möglich
26 kostenneutral erfolgen.

27 Der Kalender wird käuflich an Mitglieder und Nichtmitglieder vertrieben. Der Vertrieb erfolgt
28 über Buchhandlungen bzw. über die Landesgeschäftsstelle. Die Gewinne aus dem Vertrieb
29 des Kalenders fließen in die inhaltliche Arbeit des JUSO-Landesverbandes zurück.

30 Vor dem Verkaufsstart wird der Kalender in einem Presseevent medienwirksam vor
31 Journalisten präsentiert. Dabei ist größtmögliche Publizität zu Erreichen das Hauptziel des
32 Events. Dies ist kein Spaßantrag!

33

34 Begründung: erfolgt mündlich

35

36 Notizen während der Debatte:

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

43 Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **O7**

Antragsteller: SV Magdeburg

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Würdigung der politischen Arbeit Oskar Lafontaines

Wir ehren die verdienstvolle politische Arbeit des Kanzlers der Herzen, Oskar Lafontaine, auf eine angemessene Art und Weise und erheben uns zu einer Schweigeminute.

Begründung: Dieser Antrag bedarf keiner Begründung.

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **O8**

3

4 Antragsteller: SV Magdeburg

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Die Partei hat immer recht!?**

9

10 Das Lied „Die Partei hat immer recht!“ ist nicht länger die Hymne der Jusos Sachsen-Anhalt.

11

12

13 Begründung: erfolgt mündlich

14

15

Notizen während der Debatte:

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

43 Weitergeleitet an:_____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **U1**

3

4 Antragsteller: AG Umwelt, Verkehr, Energie über Juso-Landesvorstand

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

9

10 **Kein Saale-Seiten-Kanal in Sachsen-Anhalt**

11

12 Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich gegen den Bau des geplanten Saale-Seiten-Kanals im
13 Landkreis Schönebeck aus. Die Landes-SPD fordert daher die Streichung des Projektes aus
14 dem Bundesverkehrswegeplan.

15

16 Begründung:

17

18 *Rückblick:*

19 Die Binnenschifffahrt verlor in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten rapide an
20 Bedeutung. Über 80 Prozent des gesamten deutschen Güteraufkommens auf dem
21 Binnenschiff werden allein auf dem Rhein transportiert.

22 Das Transportaufkommen auf der Saale brach, nachdem Ende der dreißiger Jahre noch fast
23 eine halbe Million Tonnen pro Jahr zwischen Saale und Elbe transportiert wurden, auf wenig
24 mehr als 20000 Tonnen pro Jahr ein. Im Hafen Halle werden pro Monat noch 1,5 Schiffe
25 entladen. Ursache dieses Rückganges sind angeblich die letzten 20 Kilometer vor der
26 Mündung. „Nicht schiffbar“ lautet das Argument, welches von den Ausbaubefürwortern
27 immer wieder ins Feld getragen wird. Dabei wurde der untere Saaleabschnitt letztmalig in
28 den 60er Jahren ausgebaut, die bis dahin engen Kurven an die Bedürfnisse von 80-Meter-
29 Schiffen angepasst. Das Güteraufkommen sank trotz solcher Maßnahmen kontinuierlich
30 weiter.

31

32 *Die Situation:*

33 Ein Ausbau des unteren Saalelaufes auf dem Niveau des mittleren Wasserstand der Elbe von
34 1,60 Metern (so im Bundesverkehrswegeplan gefordert) bedeutet, dass trotz des Kanals
35 Europaschiffe (benötigt 2,50 Meter Wassertiefe) die Saale nur an wenigen Tagen im Jahr
36 mit voller Ladung anlaufen könnten. Für Schiffsführer, die im Wettbewerb mit Straße und
37 Schiene unter erheblichem Preisdruck und vor allem Preisverfall leiden, sind derartige
38 Strecken nicht rentabel zu betreiben. Hinzu kommt, dass die Anbindung an das
39 internationale Wasserstraßennetz nur über die Elbe nach Magdeburg erfolgen kann. Diese
40 bietet aber vor allem in den Sommermonaten nicht ausreichend Wasser, um Schifffahrt zu
41 betreiben (Pegelstand im August 2003: zwischen 50 und 60 Zentimeter). Abhilfe kann hier

42

43 nur ein milliardenschwerer Ausbau der Elbe bringen, welcher aber aus finanzieller Sicht
44 nicht realisierbar und auch nicht sinnvoll ist, das größte zusammenhängende

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2 Auenwaldgebiet Mitteleuropas vernichten würde und nicht zuletzt auch aus diesen Gründen
3 im Koalitionsvertrag von 2002 kategorisch ausgeschlossen wurde.
4 Ohne Elbausbau, so aber der Bundesverband der Deutschen Binnenschiffer, ist ein Ausbau
5 der Saale nicht sinnvoll.

6
7 *Folgen:*
8 Der Bau des Saale-Seitenkanals würde mit mindestens 80 Millionen Euro zu Buche schlagen.
9 Das Nutzen-Kosten-Verhältnis für das Projekt wurde bisher noch nicht veröffentlicht – alten
10 Zahlen lag die Annahme des Elbausbaus zu Grunde, wobei der NK-Faktor (nur Saale ohne
11 Kosten der Elbe) gerade einmal 2,7 erreichte. Ob die veranschlagten Kosten zu halten
12 wären, ist fraglich. Bei Tornitz müsste der Kanal durch oder um einen Kiessee geführt
13 werden, welcher in den ursprünglichen Planungen nicht in seinen tatsächlichen
14 Ausdehnungen berücksichtigt wurde.
15 Durch die Eintiefung der letzten zwei Saale-Kilometer vor der Mündung würde das dort
16 bestehende FFH-Schutzgebiet in seinem Bestand zumindest beeinträchtigt werden.
17 Durch den Kanal würde des weiteren eine zukunftsfähige Hochwasserschutzplanung durch
18 Deichrückverlegungen und Schaffung von Überflutungsräumen im Bereich der Stadt Barby
19 vereitelt und unmöglich gemacht werden. Beim Hochwasser 2002 war diese Stadt aber
20 durch ihre exponierte Lage an der Saalemündung besonders betroffen – das Wasser stand
21 bis fünf Zentimeter unterhalb der Deichkrone, Grundwasser überflutete zahlreiche Straßen
22 der Stadt.
23 Durch den Kanal-Bau zudem würde der bereits bestehende und ebenfalls aus Steuergeldern
24 finanzierte Transportweg der Bahnlinie Halle-Magdeburg weiter unter Druck gesetzt. Bereits
25 jetzt gibt es auf diesem Weg, der europäische Anbindungen ermöglicht, ausreichend
26 Kapazität, um das veranschlagte Güteraufkommen von der Saale sofort zu übernehmen.

27
28 *Ausblick:*
29 Dass der Bau des Kanals das erhoffte Güteraufkommen von 1,7 Mio. t/a (Zahlen Planco
30 unter Annahme des Elbausbaus) erbringt, bleibt eher zweifelhaft. Zahlen von
31 Ausbaulobbyisten von bis zu 4 Mio. t/a erscheinen vor den geschichtlichen Zahlen der
32 Saale illusorisch und beruhen auch nicht auf wissenschaftlichen Erhebungen. Aber nur unter
33 Annahme dieser Transportmengen wäre der Kanal überhaupt eine ansatzweise sinnvolle
34 Investition – ein Erreichen der Transportzahlen von nur knapp einer halben Million t/a
35 bedeutet einen NK-Faktor von rund eins: unwirtschaftlich. Da der Gütertransport auf der
36 Saale zudem eine Einbahnstraße würde – Güter werden aus der Region weggebracht, aber
37 kaum angeliefert – ist es fraglich, ob sich für privatwirtschaftlich arbeitende
38 Schifffahrtsunternehmen ein Engagement auf dem Fluss überhaupt lohnt.
39 Ein andere Punkt muss des weiteren mit in Betracht gezogen werden. Nach einer aktuellen
40 Studie des renommierten Potsdamer Institutes für Klimaforschung (PIK) wird sich das Klima
41 im Bereich Brandenburgs und Sachsen-Anhalts in den nächsten 50 Jahren rapide ändern.

42
43
44



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1 Die Jahresniederschlagsmengen werden abnehmen und vor allem in den Sommern ist mit
2 großen Dürreperioden wie in diesem Jahr zu rechnen. Vor diesem Hintergrund wird von den
3 Wissenschaftlern des PIK das Austrocknen der Flüsse wie Elbe, Havel und Saale in den
4 Sommermonaten prognostiziert.
5 Gleichzeitig werden aber unwitterartige Hochwasser wie im August 2002 häufiger auftreten
6 – Hochwasserschutz ist also dringend notwendig.

7
8 *Daraus folgt:*

9 Der Bau des Saale-Seiten-Kanals ist kein Garant dafür, dass eine Umverlagerung des
10 Güterstromes im großen Stil weg von der Straße erfolgt. Die Wirtschaftlichkeit des Projektes
11 bleibt vor unzureichenden Zahlen mehr als fraglich. Der Bau des Kanals macht modernen
12 Hochwasserschutz im Mündungsbereich der Saale nur noch eingeschränkt möglich. Vor dem
13 Hintergrund aktueller Klimaprognosen und den damit zu treffenden Entscheidungen für eine
14 zukunftsorientiert Fluss- und Wasserhaushaltspolitik erscheint der Kanal als unsinnig. Daher
15 ist das Projekt abzulehnen.

16

17 Notizen während der Debatte:

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:_____/_____/_____

43 Weitergeleitet an:_____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag:

U2

Antragsteller: AG Umwelt, Verkehr, Energie über Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wahlversprechen einhalten, Vertrauen zurückgewinnen

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Bundesregierung dazu auf, die Wahlversprechen, die im Zusammenhang mit der Elbe gemacht wurden, einzuhalten. Es dürfen keine Ausbaumaßnahmen erfolgen, die den natürlichen Lauf der Elbe und ihrer Nebenflüsse verändern.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **U3**

3

4 Antragsteller: AG Umwelt, Verkehr, Energie über Juso-Landesvorstand

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

9

10 **Förderung der Forschung im Bereich biogener Kraftstoffe**

11

12 Die Landesregierung Sachsen-Anhalts wird aufgefordert, an den Hochschulen des Landes
13 die notwendigen Voraussetzungen zur wissenschaftlichen Forschung im Bereich biogener
14 Kraftstoffe zu schaffen. Die Forschung im Bereich Herstellung, Verarbeitung und auch
15 Nutzung biogener Kraftstoffe muss interdisziplinär in der Hochschullandschaft verankert
16 werden.

17

18 Begründung: Vor dem Hintergrund schwindender, fossiler Rohstoffe gewinnt die Frage nach
19 alternativen Energieformen für die Volkswirtschaft des Landes rapide an Bedeutung.
20 Steigende Energiepreise schlagen sich auf das Wirtschaftswachstum ganzer
21 Wirtschaftsregionen nieder.

22 Im Bereich der alternativen Energieträger wird vor allem die Biomasse eine wichtige Rolle
23 spielen. Biogene Kraftstoffe, also aus Biomasse gewonnene Kraftstoffe, werden in Zukunft
24 eine wachsende Rolle im Kraftstoffmarkt spielen. Der in Deutschland bekannte Bio-Diesel
25 wird nach aktuellen Entscheidungen der EU mittelfristig durch eine generelle Beimischung
26 biogener Kraftstoffe zu allen konventionellen Kraftstoffen ersetzt werden. Vor diesem
27 Hintergrund eröffnet sich für Sachsen-Anhalt ein Zukunftsmarkt, welcher durch gezielte
28 Investitionen zu fördern ist. Zum einen wird die Landwirtschaft des Landes von einer
29 wachsenden Substitution fossiler Energieträger profitieren können, beispielsweise durch die
30 Gewinnung von Bio-Ethanol aus Zuckerrüben. Aber auch der Bereich der
31 metallverarbeitenden Industrie im Land kann von den zu erwartenden Wachstumsschüben in
32 diesem Bereich profitieren. Haupthindernis in dieser Hinsicht ist die Konkurrenz durch den
33 Weltmarkt: der Preis zur Herstellung biogener Kraftstoffe in Deutschland muss gegenüber
34 Ländern wie Brasilien gesenkt werden. Vor diesem Hintergrund ist der Aufbau eines
35 interdisziplinär zu veranschlagenden Forschungsbereichs „biogene Kraftstoffe“ durch das
36 Land zu forcieren. Es gilt durch intensive Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft
37 ein Know-How aufzubauen, welches im globalen Wettbewerb Standortvorteile für das Land
38 erbringt.

39

40 Notizen während der Debatte:

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

43 Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag:

U4

Antragsteller: AG Umwelt, Verkehr, Energie über Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

A14 Nord: Keine überflüssigen Trassen!

Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich im Falle einer Nordverlängerung der A14 von Magdeburg nach Schwerin gegen die Schaffung einer zusätzlichen Trasse aus. Statt dessen sollte weitestgehend die vorhandene Trasse der B189 genutzt werden.

Der Juso-Landesvorstand soll das Ziel einer diesbezüglichen Trassenbündelung über den Zeitraum der politischen Diskussion zu diesem Thema bis hin zum Abschluss des Raumordnungsverfahrens offensiv gegenüber Medien und Politik vertreten.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9

Antrag:

U5

Antragsteller: AG Umwelt, Verkehr, Energie über Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

Südteil der Colbitz-Letzlinger Heide vertragsgemäß freigeben!

10
11
12
13
14
15
16
17

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern: Die im Heide-Vertrag von 1997 zwischen Land und Bund vereinbarte Freigabe des Südteils der Colbitz-Letzlinger Heide muss dem Vertrage entsprechend ausgeführt werden. Die derzeitige Landesregierung wird aufgefordert, Auskunft zum Stand der diesbezüglichen Nachverhandlungen mit dem Bund zu geben. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Umsetzung des bestehenden Vertrages einzufordern.

18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

Begründung:

Im Jahre 1997 wurde, entgegen anderslautender Versprechen aus der Landespolitik, die militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide in einem Vertrag zwischen Land und Bund zementiert. Das Land Sachsen-Anhalt verzichtet demnach auf gerichtlich zu klärende Rechtsansprüche, im Gegenzug wurden einige geringfügige Einschränkungen der militärischen Nutzung vereinbart. Größtenteils wurden seitens der Bundeswehr nur ohnehin geplante Nutzungsarten als „Kompromiss“ angeboten, etwa die Munitionsberäumung der Übungsplatzflächen zum Zwecke der eigenen Nutzung.

In den vergangenen Jahren wurde praktisch jeder der von Bund und Bundeswehr zugesagten tatsächlichen Kompromisspunkte gebrochen, so etwa die Ermöglichung der Ausweisung von fünf Naturschutzgebieten. Eine Ausnahme stellt der Bau der „Heidestraße“ dar, da diese Straße auch eine Versorgung von Einrichtungen der Bundeswehr erleichtert.

Ein Punkt steht zur Umsetzung noch aus: Die Überführung der südlich der „Heidestraße“ gelegenen Flächen in eine ausschließlich zivile Nutzung. Diese soll vertragsgemäß 2006 erfolgen. Nach Angaben der Bundeswehr wird aber nun mit dem Land „nachverhandelt“, d.h. die Bundeswehr hat ihr Interesse daran entdeckt, in den ehemaligen russischen Kasernenstädten Planken und Hillersleben mit internationalen Truppen den Häuserkampf zu üben.

37 Notizen während der Debatte:

38
39
40
41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: _____/_____/_____
43 Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **U6**

3

4 Antragsteller: AG Umwelt, Verkehr, Energie über Juso-Landesvorstand

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Lärmschutz an Verkehrswegen - Sicherung der Lebensqualität**

9

10 Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich für ausreichende Lärmschutzmaßnahmen an den
11 Verkehrswegen in Sachsen-Anhalt insbesondere an neu zu errichtenden Verkehrswegen aus.
12 Bei notwendigen aktiven Maßnahmen des Lärmschutzes sind aufgrund ihrer besseren
13 Naturverträglichkeit und Einpassung in die Landschaft Lärmschutzwälle vor
14 Lärmschutzwänden zu bevorzugen.

15

16

17 Begründung: erfolgt mündlich

18

19 Notizen während der Debatte:

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

43 Weitergeleitet an:_____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **WiSo1**

3

4 Antragsteller: Antragsteller Stadtverband Halle

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Kostenloser Zugang zu kulturellen Einrichtungen**

9

10 Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren muss der Zugang zu kulturellen Einrichtungen
11 kostenfrei gewährt werden. Des Weiteren soll den Rentnern die Ermäßigung gestrichen
12 werden.

13

14 Begründung:

15

16 Es soll erreicht werden das Bildung und Kultur einem breiterem Spektrum an Jugendlichen
17 näher gebracht wird. Rentner verfügen im Gegensatz zu Jugendlichen über ein festes
18 Einkommen, sodass sie den Besuch in kulturellen Einrichtungen prinzipiell bezahlen können,
19 aufgrund der finanziell angespannten Lage der Kommunen ist es nicht länger zu leisten,
20 dass sie nur einen ermäßigten Preis zahlen.

21

22 Notizen während der Debatte:

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

43

Weitergeleitet an:_____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **WiSo2**

3

4 Antragsteller: SV Halle

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Training on the job**

9

10 Für angehende Lehrlinge fordern wir, dass sie vor Unterzeichnung des Ausbildungsvertrags
11 erste Erfahrungen im angestrebten Beruf sammeln können. Die zukünftigen Lehrlinge sollen
12 schon vor Ausbildungsbeginn die Möglichkeit haben, die an sie gestellten Ansprüche und
13 das Berufsbild kennen zu lernen.

14 Dafür soll das Praktikum flächendeckend als fester Bestandteil in den Lehrplan jeder
15 weiterführenden Schulform aufgenommen werden.

16

17 Begründung:

18

19 Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangels werden häufig
20 Ausbildungsverträge in der Freude „endlich etwas gefunden zu haben“ vorschnell
21 unterschrieben, ohne dass man sich mit dem Berufsbild auseinandergesetzt hat.

22 In Folge merkt eine nicht unerhebliche Zahl von Lehrlingen bald, dass ihnen der Beruf gar
23 nicht liegt, sie brechen die Ausbildung ab und häufig ist der Ausbildungsplatz für das
24 aktuelle Ausbildungsjahr verloren, weil man nicht Monate nach Beginn des
25 Ausbildungsjahres noch jemanden als Lehrling einstellen kann. So dass sich durch diesen
26 Prozess die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz verdoppelt (derjenige, der
27 abbricht + derjenige, mit dem man die Stelle besetzt hätte).

28 Wer die Ansprüche des Berufs früh genug kennen gelernt hat und sich bewusst dafür
29 entschieden hat, wird auch bei auftretenden Schwierigkeiten nicht vorschnell das Handtuch
30 werfen.

31 Durch den Erfahrungsaustausch mit älteren Lehrlingen kann man dabei aus erster Hand
32 erfahren, welche Anforderungen die Arbeit und auch die Berufsschule gerade an einen
33 „Anfänger“ stellt.

34

35 Notizen während der Debatte:

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: _____/_____/_____

43 Weitergeleitet an: _____



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **WiSo3**

Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Sozialsysteme - Lasten gerecht verteilen

Die Bundesregierung und die Fraktion der SPD im Bundestag werden aufgefordert, sich zu jedem Zeitpunkt für eine einkommensabhängige Variante eines Systems zur Erhebung von Beiträgen zu den Sozialversicherungen einzusetzen. Als Beitragspflichtiges Einkommen sollten alle Einkommensarten herangezogen werden. Kopfpauschalen lehnen wir Sozialdemokraten prinzipiell ab! Es sollte über eine progressiv steigende Erhebung der Beiträge nachgedacht werden, sodass der Abgabensatz für Vielverdiener höher liegt als für Wenigverdiener. Auch muss über die Sinnhaftigkeit von oberen Beitragsbemessungsgrenzen nachgedacht werden; in keinem Fall dürfen aber Bürger mit einem Einkommen über einer solchen Beitragsbemessungsgrenze sich gänzlich dem Solidarsystem entziehen können. Die optimalste Lösung wäre somit natürlich eine komplette Steuerfinanzierung der Sozialsysteme, da somit die progressive Erhebung, der Verzicht auf Obergrenzen, Freibeträge für Wenigverdiener, das Heranziehen aller Einkommensarten und auch die Finanzierung über Kapitalertrags- oder indirekte Steuern erfüllt wären und die politische Steuerbarkeit zunehmen würde.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **WiSo4**

Antragsteller: KV Quedlinburg

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Der SPD - Landesparteitag möge beschließen:

Die Sozialsysteme solidarisch finanzieren

Der Landesverband der SPD Sachsen- Anhalt fordert die Bundesregierung auf, bei den bevorstehenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme auch Einkommen aus Kapitalgeschäften wie beispielsweise Zinsen und Mieteinkünfte gleichberechtigt wie Einkünfte aus abhängig beschäftigter Arbeit zu behandeln.

Begründung:

Schon lange verdienen viele Menschen ihr Geld nicht mehr ausschließlich aus abhängig beschäftigter Arbeit. Einkünfte werden unter anderem durch diverse Anlagegeschäfte oder aus Mietzinsen erzielt. Diese Einkommen werden jedoch nicht bei der Berechnung des Beitrages zur Kranken- und Rentenversicherung berücksichtigt. Statt dessen werden beide Systeme ausschließlich von den abhängig Beschäftigten finanziert. Mit der Abkehr wachsenden vom Normalarbeitsverhältnis – 1995 waren in der alten Bundesrepublik noch 17% der Beschäftigten in dieser Form erwerbstätig – sinken auch die Einnahmen der Sozialversicherungen.

Die sich im Zuge der wandelnden Ökonomie entstandenen Einkommensquellen in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen und die abhängig Beschäftigten zumindest nicht noch mehr zu belasten ist ein richtiger Schritt hin zu einer gerechten Finanzierung der Lebensrisiken jedes einzelnen.

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **WiSo5**

Antragsteller: SV Halle

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Ausdehnung der Beitragspflicht für die sozialen Sicherungssysteme

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der weiteren gesetzlichen Regelungen im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik zu prüfen, inwieweit die bestehende Beitragspflicht für die sozialen Sicherungssysteme ausgedehnt werden kann. Insbesondere ist hier zu prüfen welche neuen Einkommensarten (Kapitalerträge etc.) und welche Bevölkerungsgruppen (arbeitsfähige, nicht-arbeitende Familienangehörige) in die Beitragspflicht mit einbezogen werden können. In diesen Überlegungen sind alle Arbeitnehmergruppen einzubeziehen, so müssen auch Sonderstellungen bspw. von Beamten auf den Prüfstand kommen.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **WiSo6**

3

4 Antragsteller: KV Wittenberg

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Gesetzliche Krankenversicherung**

9

10 § 5 Abs. 1 Nummer 1 bis 6 des Sozialgesetzbuches V (SGB V) die Versicherungsfreiheit
11 muss wegfallen.

12 Die gesetzliche Krankenversicherung ist ein solidarisch finanziertes System. Aus diesem
13 Grund müssen alle Beschäftigten in dieses System auch Beiträge entrichten.

14 Dies muss unabhängig vom Verdienst gelten oder ob ein Anspruch auf Versorgung nach
15 beamtenrechtlichen Vorschriften besteht.

16

17 Begründung:

18

19 In das solidarisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung müssen alle
20 Beschäftigten Beiträge entrichten. Denn nur wenn alle beitragspflichtig sind, kann eine
21 ausgeglichene Finanzierung möglich sein. Der Glaube, durch mehr Beitragszahler, sei eine
22 bessere Finanzierung nicht möglich, ist falsch. Dies wäre nur richtig, wenn durch die neuen
23 Beitragszahler nicht mehr Beiträge eingenommen würden. Aber genau dies würde
24 geschehen.

25 Die zurzeit noch Versicherungsberechtigten und damit im Normalfall privat
26 krankenversichert, verdienen mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung. Dies bedeutet, dass
27 durch die Änderung des Sozialgesetzbuches V mehr Beiträge eingenommen würden, als
28 durch mehr Leistungen wieder ausgegeben werden würde.

29 Aus welchem Grund sollen nur untere und mittlere Einkommen die Sozialversicherung
30 tragen? Es ist doch nur gerecht, wenn jeder Beiträge für diese Gemeinschaft leistet.

31 Die Erweiterung der Personen die kraft Gesetz versichert sind, wäre ein weiterer Schritt zur
32 Stabilisierung der Kassen.

33

34 Notizen während der Debatte:

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

43 Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **WiSo7**

3

4 Antragsteller: KV Wittenberg

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Gesetzliche Unfallversicherung**

9

10 Die Anzahl der Berufsgenossenschaften muss von derzeit 35 auf unter 10 verringert werden.

11

12 Ebenfalls muss die Anzahl der 11 Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf 1
13 verkleinert werden.

14

15 Ebenfalls dürfen in der gesetzlichen Unfallversicherung nur noch Personen versichert sein,
16 die im verunfalltem Betrieb auch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Schwarzarbeit
17 darf nicht noch versichert werden.

18

19 Begründung:

20

21 Die Berufsgenossenschaft (BG'n) sind Träger der Gesetzlichen Unfallversicherung.
22 Beschäftigte stehen dort während Ihrer Arbeitszeit und auf den Wegen dorthin und zurück
23 unter Versicherungsschutz. Beiträge werden ausschließlich von den Unternehmern entrichtet.

24 Durch den Zusammenschluss von BG'n sollen vor allem gut bezahlte Vorstände und teure
25 Vertreterversammlungen eingespart werden. Eine Vertreterversammlung kann aus bis zu 60
26 Personen bestehen! Jeder erhält eine sehr gute finanzielle Entschädigung.

27 Ebenfalls könnte durch Zusammenschluss das Zuständigkeitsrecht in der Unfallversicherung
28 vereinfacht werden.

29 Durch die derzeitige Gesetzesformulierung, *versichert sind Beschäftigte*, wird jeder
30 Schwarzarbeiter und jeder der ohne Arbeitserlaubnis arbeitet, als Beschäftigter tätig und
31 steht damit unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

32 Es muss ein Zeichen gesetzt werden, dass jede Form der Illegalen Arbeit bekämpft wird.

33

34 Notizen während der Debatte:

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

43 Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **WiSo8**

Antragsteller: SV Halle

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

**Berücksichtigung der Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft
bei Arbeitslosengeldberechnung**

Nach wie vor wird bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes als Berechnungsgrundlage der Nettolohn bzw. das Nettogehalt eines Arbeitnehmers zugrunde gelegt, wenn dieser Kirchensteuer zahlen würde. Dies geschieht auch dann, wenn der Leistungsempfänger kein Mitglied einer Kirche ist.

Die Jusos Sachsen-Anhalts fordern eine individuelle Berechnung des Arbeitslosengeldes für jeden Arbeitslosengeldempfänger in Bezug auf die Zahlung von Kirchensteuer als Berechnungsgrundlage.

Der SPD-Landesverband wird aufgefordert, seinen Einfluss auf die Bundesregierung entsprechend geltend zu machen.

Begründung:

Die Trennung von Staat und Kirche muss sich auch innerhalb der Sozialversicherungssysteme widerspiegeln. Die Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft stellt eine individuelle Entscheidung des Einzelnen dar und darf sich nicht auf die Höhe von Leistungen aus Sozialversicherungssystemen auswirken.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 23.03.1994 entschieden (BVerfG, Beschluß vom 23.03.1994, 1 BvL 8/85 - BVerfGE 90. Bd., S. 226 ff), dass diese pauschalierende gesetzliche Regelung verfassungsgemäß ist, solange eine deutliche Mehrzahl von Arbeitnehmern einer Kirche angehört, die Kirchensteuer erhebt. Damals legte das Gericht Mitgliederzahlen aus den achtziger Jahren zugrunde. Von dieser deutlichen Mehrheit kann im 21. Jahrhundert nicht mehr ausgegangen werden.

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: _____/_____/_____

Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antrag: **WiSo9**

Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Steuerflucht verhindern

Die Bundesregierung und die Fraktion der SPD im Bundestag werden aufgefordert, das deutsche Steuerrecht grundlegend zu reformieren. Um ein gerechtes und zukunftsfähiges Steuerrecht einzuführen, ist es erforderlich schon die Grundlagen des bisherigen Systems zu reformieren. Wir fordern daher, dass nicht nur diejenigen Deutschen besteuert werden, deren Wohnsitz innerhalb Deutschlands liegt, sondern alle deutschen Staatsbürger, ähnlich wie es die USA bereits handhaben. Somit könnte der Steuerflucht durch Wohnsitzverlagerung in Länder mit niedrigeren Steuern z.B. nach Monaco endlich Einhalt geboten werden.

Begründung: erfolgt mündlich

Notizen während der Debatte:

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

Antrag: **WiSo10**

Antragsteller: SV Magdeburg

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Zur Weiterleitung in die SPD- Kreisverbände für das Kommunalwahlprogramm 2004:

Behindertenfreundliche und altersgerechte Gemeinden und Städte

Die Jusos fordern, dass die Kommunen im Land Sachsen- Anhalt weiter den Weg, die Gemeinden und Städte behindertenfreundlicher und altersgerechter zu gestalten, fortführen. Durch diese Maßnahme wird mehr soziale Gerechtigkeit erzeugt und gegenseitiger Respekt eingefordert und erzielt. Dabei muss die demografische Entwicklung jeder einzelnen Kommune berücksichtigt werden.

Dazu sind folgende Punkte umsetzen:

1. Finanzkürzungen aufgrund der Haushaltslage dürfen um maximal 10 Prozent in der Behindertenarbeit zugelassen werden.
2. Der Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Denkmälern und touristischen Einrichtungen muss behindertengerechter gestaltet werden (Blindenschrift, akustische Wegweiser, Gehhilfen freundlich).
3. Niveaugleiche Zugänge sowie allgemeine Niederflurtechnik für alle Zugangsstellen sind unabdingbar.
4. Die Abschaffung von Diskriminierungen sollte höchste Priorität genießen.

Begründung:

Im Jahr 2003 begehen wir das „Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen“. Ein Anlass, um auf Missstände in der Gesellschaft hinzuweisen und dieses Thema für die Kommunalwahlen zu diskutieren.

Die Kommunen in Sachsen-Anhalt achten derzeit zu wenig auf die Bedürfnisse behinderter und alter Mitbürger. Da jedoch der Anteil derer, die sich zu dieser Gruppe zählen, in den folgenden Jahren drastisch erhöhen wird, ist es unsere Pflicht als Mitglieder der SPD, sich auch und vor allem für diese Gruppe unserer Gesellschaft einzusetzen.

Die Finanzmisere in den Kommunen ist uns allen sehr gut bekannt. Trotzdem sollte es nicht sein, die Mitbürger, die sich nicht oder nur schlecht wehren können, in dieser Form finanziell zu beschneiden und zu benachteiligen. Daher dürfen Finanzkürzungen im sozialen Bereich, speziell zur Eingliederung behinderter Menschen in die Gesellschaft, nicht durchgeführt werden.

Im Bereich Tourismus wird derzeit zu wenig getan, um behindertengerechte Tatsachen zu schaffen. Diese sind zwar teurer, aber unabdingbar für eine gerechte Gesellschaft.



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2 Der ÖPNV in Sachsen-Anhalt erfüllt nicht flächendeckend den Anspruch, uneingeschränkte
3 Mobilität für alle Menschen zu ermöglichen. Auch dieses Defizit kann und darf nicht
4 ignoriert werden.
5 Ebenso gehören hierzu Eingliederungsmaßnahmen, um ein verstärktes Verständnis in der
6 Gesellschaft für die Bedürfnisse behinderter Menschen zu ermöglichen. Behindertengerechte
7 Zugänge zu Behörden und Verwaltung sind auch als Eingliederungsmaßnahmen zu
8 verstehen.

9
10

Notizen während der Debatte:

11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____
Weitergeleitet an: _____



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

Antrag: **WiSo11**

Antragsteller: SV Halle

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

Unterstützung der internationalen Olympiabewerbung Leipzigs

Die Jusos Sachsen-Anhalt unterstützen die Bewerbung Leipzigs um die Olympischen Spiele 2012. Der SPD-Landesverband, Landesregierung und Landtag sowie alle gesellschaftlichen Institutionen, Verbände, Vereine, Parteien, Bürgerinnen und Bürger werden aufgerufen, dies ebenso zu tun.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wird aufgefordert einen Ausschuss zu Unterstützung der Olympia-Bewerbung einzusetzen.

Begründung: Die Bewerbung um die Olympischen Spiele 2012 ist die größte Chance für die Wirtschaftsregion Halle-Leipzig seit der Wiedervereinigung. Damit verbunden sind natürlich sehr viele Aufgaben, die kreativ und mutig gelöst müssen. Die Jusos Sachsen-Anhalt wollen diese Herausforderung annehmen.

Nun gilt es, nicht nur Interessen, sondern auch Kräfte zu bündeln, um gemeinsam mit Leipzig im internationalen Wettbewerb überzeugen zu können. Deshalb muss die oberste Priorität Sachsens-Anhalts darin bestehen, Leipzig bei der vom NOK erbetenen Konzeptoptimierung mit allen mobilisierbaren Mitteln zu unterstützen. Ein solches Ziel ist nur dann erreichbar, wenn alle an einem Strang ziehen.

Zwei Grundgedanken ziehen sich wie ein roter Faden durch das Konzept: Nachhaltigkeit und Gemeinschaft. Die beiden Motive beinhalten zum Einen, das gemeinschaftliche Engagement von Wirtschaft, Politik und Bevölkerung zu aktivieren und zum Anderen, alle olympischen Investitionen auf eine optimale Nachnutzung auszurichten. Dabei kommt es ebenso auf Planer, Politiker und Verantwortliche im Bereich Sport an, wie auch auf die Wirtschaft und alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Olympia in der Region ist besonders für den Süden des Landes ein herausragender Lichtblick, um Sport- und Stadtentwicklung einen neuen Schub zu versetzen. Dazu zählen beispielsweise die Optimierung der Autobahnenanschlüsse an die weiterführenden Landes- und Bundesstraßen, der Ausbau innerstädtischer Straßen sowie der Autobahnausbau A 14. Diese Vorhaben werden durch die Olympia-Bewerbung befördert, bzw. erst vor ihrem Hintergrund möglich. Gleiches gilt für den Stadtbau, besonders in Leipzig und Halle. Es ist beabsichtigt, die Gäste neben der Ausnutzung der Hotelkapazitäten in Unterkünften

verschiedener Kategorien unterzubringen. Im Rahmen von Stadtbauprojekten sollen ganze Wohnquartiere durch Neu- und Umnutzung von bestehendem Wohnraum entstehen.



Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1 Die durch Olympia möglich werdenden Investitionen helfen der Region Infrastrukturdefizite
2 zu beheben und ohnehin vonstatten gehende Umbauprozesse zu erleichtern. Sie nutzen der
3 Region auf Jahrzehnte hinaus und Sie befördern den wirtschaftlichen Aufschwung in den
4 neuen Bundesländern insgesamt.
5 Ebenso wichtig für die Region ist der Effekt für ihr Image. Allein der internationale
6 Bewerbungsdurchlauf wirkt wie eine riesige weltweite Werbekampagne für die Region.
7 Erfolgreiche Olympische Spiele würden Millionen Gäste aus aller Welt in die Region locken
8 und die weltweite Medienberichterstattung über die Spiele selbst, darüber hinaus einen
9 weiteren Werbeeffect bringen.
10 Schließlich kann Bewerbung, um so mehr, wenn sie von Erfolg gekrönt ist, ein
11 Aufbruchsignal für die Bevölkerung Ostdeutschlands bedeuten. Leipzigs Bewerbung heißt
12 auch: Ostdeutsche starten in einem prestigeträchtigen Bereich an die internationale Spitze
13 durch und werden dabei loyal aus ganz Deutschland unterstützt. Das Wissen um Sympathie
14 und Unterstützung aus allen gesellschaftlichen Bereichen stärkt die Gewissheit, dass es durch
15 entschlossenes Handeln gelingen kann, Olympia 2012 nach Deutschland zu holen.

16

17 Notizen während der Debatte:

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: ____/____/____

44 Weitergeleitet an: _____

Wählen 2004 – damit sich was bewegt!
Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt
18./19. Oktober 2003
Domgymnasium Naumburg



1

2 Antrag: **RI**

3

4 Antragsteller: SV Halle

5

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8

Echte Gemeinde- und Kreisgebietsreform!

9

10 Die Jusos Sachsen - Anhalt fordern eine echte Gemeinde- und Kreisgebietsreform. Ziel der
11 Reform sind starke Ober- und Mittelzentren und leistungsfähige Landgemeinden.

12

13 Stabile Städte und bürgernahe Gemeinden sind eine Grundvoraussetzung für eine effektive
14 Landes und Kommunalverwaltung. Effektive Verwaltungen sind die Basis für die Ansiedlung
15 von Unternehmen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen.

16

17 Wir fordern echte Reformen statt Investitionserleichterungspolemik !!!

18

19 Begründung: Die Durchführung einer Gemeinde- und Kreisgebietsreform ist eine alte SPD
20 und Juso Forderung. Gute Oppositionsarbeit zeichnet sich durch das Aufzeigen von
21 Alternativen zur aktuellen Landesregierung aus.

22

23 Auf dem Feld der Reform der Verwaltung muss die SPD ihre Meinungsführerschaft
24 behaupten. Dazu dient diese Resolution.

25

26 Notizen während der Debatte:

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:____/____/____

43 Weitergeleitet an:_____